

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/64

2. April 1971

Unions-Kritik widerspricht der Vernunft

Ein Sachwort zur Diskussion um die
Bildungsplanung

Von Dr. Klaus von Dohnanyi SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 / 45 Zeilen

Blick auf den Herbst-Parteitag der SPD

Schwierige Probleme fest und konsequent in
den Griff bekommen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Besseres Verständnis zwischen Bonn und Tel Aviv

Aufgabenstellung der deutsch-israelischen
Parlamentariergruppe

Von Günther Metzger SPD-MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vor-
sitzender der deutsch-israelischen Parlamen-
tariergruppe

Seite 4 / 40 Zeilen

Gegensätze, die unüberbrückbar sind

Moskaus Kommunisten und die Ideologiekritik
der Sozialdemokraten

Von Willi Eichler

Seite 5 und 6 / 90 Zeilen

Unions-Kritik widerspricht der Vernunft

Ein Sachwort zur Diskussion um die Bildungsplanung

Von Dr. Klaus von Dohnanyi SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Zu bestimmten Zeitpunkten kann es nützlich sein, sich Bekanntes erneut vor Augen zu führen. So hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in ihrer Sondersitzung am 30. März 1971 noch einmal bekräftigt, wie die Reform unseres Bildungswesens geplant werden soll: in enger Verzahnung von Sach- und Finanzplanung.

Schon im Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, das am 25. Juni 1970 abgeschlossen worden war, ist dieses Planungsverfahren festgelegt worden. Die Bund-Länder-Kommission hat sich in ihrer Arbeit immer an diesen Richtlinien orientiert. Wenn Vertreter der Opposition in Bonn oder auch der bayerische Kultusminister Prof. Maier fordern, daß zunächst ein unbeweglicher, nicht der Bildungsplanung entspringender, sondern "gegriffener" Finanzrahmen vorgegeben werden müsse, in den dann die Reform des Bildungswesens hineinzuplanen sei, so widerspricht dies zunächst allen vernünftigen Anforderungen an ein rationales Planungsverfahren. Deswegen widerspricht dies auch der von Bund und Ländern im Verwaltungsabkommen gemeinsam beschlossenen Verfahrensweise der Kommission. Die Kritiker der von der Bund-Länder-Kommission angewandten Methode müssen sich daher fragen lassen, ob sie sich nicht nur gegen rationale und allgemein anerkannte Planungsverfahren, sondern auch gegen die erklärte politische Absicht von Bund und Ländern stellen wollen.

Die Sondersitzung der Bund-Länder-Kommission war auf Wunsch der CDU/CSU-Landeskultusminister einberufen worden. Anlaß für diesen Wunsch war ein Protokoll einer Beratung sozialdemokratischer Bildungspolitiker. Das Protokoll enthielt nichts anderes als das, was die Kommission in einem offiziellen Protokoll der Sitzung vom 1. März 1971 festgehalten und jetzt wieder in ihrer Sondersitzung am 30. März 1971 einvernehmlich diskutiert hat: Die Ergebnisse der sachlichen Arbeit der Kommissionsausschüsse sind gegenwärtig noch nicht so weit abgesichert, daß die politische Entscheidung über den Bildungsgesamtplan getroffen werden kann. Die Kommission war sich darüber einig, daß, wie geplant und begonnen, Alternativen erarbeitet werden müssen, um verschiedene finanzielle Auswirkungen von Reformen im Bildungsbereich im Vergleich bewerten zu können. Auch diese Feststellung der Kommission deckt sich völlig mit den Feststellungen der sozialdemokratischen Bildungspolitiker in Bund und Ländern, wie sie auch in den internen Protokoll festgehalten worden waren.

Wer aus vordergründigen und parteitaktischen Gesichtspunkten versucht, die Kommission auseinanderzudividieren, der leistet den Arbeiten an der notwendigen Reform des Bildungswesens keinen guten Dienst. Er muß wissen, daß er sich auch innerhalb der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung isoliert. Wem damit genutzt werden soll, ist unerfindlich: bestimmt nicht der Bildungsreform.

(~/ex/2.4.1971/bgy)

Blick auf den Herbst-Parteitag der SPD

Schwierige Probleme fest und konsequent in den Griff bekommen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es ist abzusehen, daß der Außerordentliche Parteitag der SPD, der vom 18. bis 20. November in der Bonner Beethovenhalle stattfinden wird, sehr hohe Ansprüche an die Delegierten stellen wird. Er ist der erste Parteitag seit Übernahme der politischen Bundesführung durch die Sozialdemokraten, der sich ausschließlich mit politischen Sachfragen befassen wird. Die drei für diesen Parteitag vorgesehenen Themenbereiche - Steuerreform, Massenmedien und Parteireform - haben in Partei und Öffentlichkeit bereits jetzt einen so hohen Aktualitätsgrad erreicht, daß von dem höchsten Beschlußgremium der SPD klare und umfassende Entscheidungen erwartet werden müssen. Die schon seit langem angelaufenen Vorbereitungen und Planungen gewährleisten, daß der Parteitag diese Aufgabe bewältigen kann.

Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion ist zur Zeit die Steuerreform. Die noch in der Großen Koalition von dem damaligen Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß beauftragte Steuerreformkommission, hat ihre Entwürfe vorgelegt. Die Bundesregierung hat erste Hinweise auf ihre Haltung diesen Vorschlägen gegenüber gegeben. Nun kann die vom Parteivorstand der SPD berufene Steuerreformkommission, die ihre Arbeit sehr viel später begonnen hat, auch das Gutachten der Eberhard-Kommission überprüfen. Die Wirksamkeit, mit der sich die Partei-Kommission bisher um mehr Steuergerechtigkeit und um mehr Transparenz im Steuerwesen bemüht hat, läßt zum Außerordentlichen Parteitag einen ausgewogenen Entwurf erwarten.

Nicht weniger wichtig sind klare Zielsetzungen in der Massenmedienfrage. Der Ruf nach mehr Mitbestimmung und größerer Unab-

hängigkeit in den Redaktionen aller Medien muß ebenso berücksichtigt werden wie die zunehmenden Bemühungen der privaten Wirtschaft, an Rundfunk und Fernsehen zu partizipieren. Es müssen die Instrumente erarbeitet werden, die dem Bürger auch in Zukunft den freien Zugang zu den Informationen sichern. Die unverändert starke Konzentrationsbewegung im Pressewesen muß dort aufgehalten werden, wo sie die Presse- und Informationsfreiheit gefährdet. Die medienpolitischen Entscheidungen früherer Jahre waren zu unpräzise, um Fehlentwicklungen im Bereich Massenmedien wirksam begegnen zu können. Ein klares politisches Konzept ist überfällig. Der Parteitag der SPD wird sich darum bemühen müssen.

Gut vorangekommen sind die Vorarbeiten zur Reform der Parteiorganisation. Die ersten Entwürfe zur statutarischen und strukturellen Modernisierung der Partei sind der zentralen Reformkommission von den beauftragten Arbeitsgruppen mittlerweile vorgelegt worden. Der Trend ist deutlich erkennbar: Es geht darum, die politische Leistungsfähigkeit der Parteiorganisation zu erhöhen und den Kommunikationsfluß zwischen Mitgliedern, Gliederungen und Führungsspitze zu verbessern, ohne die innerparteiliche Demokratie - entscheidende Basis der Lebensfähigkeit dieser Partei - zu gefährden. Das Ziel: Eine effektive, moderne und demokratische Parteiorganisation, die in der Lage ist, die immer komplizierter werdenden politischen Aufgaben, die sich einer Partei heute stellen, zu überblicken und zu bewältigen.

Es ist notwendig, daß die Mitgliedschaft und die Organisationsgliederungen der Partei bereits jetzt ihre Konzepte für den Außerordentlichen Parteitag 1971 erarbeiten. Sie werden, wollen sie die schwierigen Problemkomplexe, um die es im November gehen wird, in den Griff bekommen; hart und konsequent arbeiten müssen. Die Ergebnisse der Verhandlungen des Parteitages müssen ein wichtiges Teilstück des Reformsystems werden, um das es Partei und Bundesregierung in dieser Legislaturperiode gleichermaßen geht.

(-/ex/2.4.1971/ks)

+ + +

Besseres Verständnis zwischen Bonn und Tel Aviv

Aufgabenstellung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Von Günther Metzger SPD-MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Die Gründung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Ausbau und zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder. Sie dient nicht nur der Fortsetzung der menschlichen Begegnung zwischen Mitgliedern beider Parlamente, die mit dem Besuch einer Delegation der Knesseth vor zwei Jahren ihren Anfang genommen hatte. Die angestrebten wechselseitigen Besuche, die Unterrichtung an "Ort und Stelle" und die offene Aussprache frei gewählter und dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat verpflichteter Parlamentarier werden auch das Verständnis für die besonderen Probleme des anderen Partners fördern. Dazu gehört die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung genau so wie die Nahostpolitik der israelischen Regierung.

Die Gründung der Parlamentariergruppe ist auch ein weiterer Beweis dafür, daß die in den letzten Monaten von einigen Vertretern der CDU/CSU aufgestellte Behauptung einer Abkühlung der guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel jeder Grundlage entbehrt. Bei diesen Unterstellungen handelt es sich um ein durchsichtiges parteipolitisches Manöver. Die Sozialdemokraten werden jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um das freundschaftliche Verhältnis zu Israel und seiner Bevölkerung zu festigen. Ende April wird eine offizielle Delegation des SPD-Vorstandes unter Leitung des stellv. Parteivorsitzenden Herbert Wehner nach Jerusalem und Tel Aviv fahren, um das Gespräch zwischen den Sozialdemokraten beider Länder fortzuführen.

Der mit der Gründung der Parlamentariergruppe angestrebte Meinungs- und Erfahrungsaustausch wird für die Mitglieder beider Parlamente von Nutzen sein. Für zahlreiche Reformen, die bei uns im Mittelpunkt der Diskussionen stehen, gibt es in Israel Beispiele, die für uns Hilfe und Vorbild sein können. Ich denke an das Bildungssystem, an die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter, an das Bodenrecht und an zahlreiche Modelle zur Lösung von Gemeinschaftsaufgaben. Wir sollten auch bereit sein, die Form des menschlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens in Israel unvoreingenommen zu betrachten. Ich könnte mir vorstellen, daß bei uns dann die Bereitschaft wachsen wird, manche verstaubte und inhaltsleere Konvention und Etikette über Bord zu werfen. Das gilt für den parlamentarischen Bereich ebenso wie für zahlreiche andere Bereiche unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. (-/ee/2.4.1971/bgy)

Gegensätze, die unüberbrückbar sind

Moskaus Kommunisten und die Ideologiekritik der Sozialdemokraten

Von Willi Eichler

Fast zur gleichen Zeit, in der die Moskauer Regierung auf dem Parteitag der KPdSU die Verträge Moskaus mit der Bundesregierung empfiehlt, ja sogar davor warnt, sie an der notwendigen Ratifizierung scheitern zu lassen, verbreitet Radio Moskau in deutscher Sprache und in beschwörender Form langatmige Warnungen vor einer Aufweichung jener Ideologie, die die Kommunisten "leninistischer" Observanz für Sozialismus halten. Da die SPD eine parteiverbindliche "Weltanschauung" aus ihrem Programm entfernt hat, als sie 1959 das Erfurter und Heidelberger Programm (1891 und 1925) durch das Godesberger Programm ablöste, meint man in Moskau, daß die SPD damit den Sozialismus "aufgegeben" und eine "Reverenz vor dem Großkapital" vorgenommen habe. Aber die Abkehr von einer spezifisch "sozialistischen" Weltanschauung hat ja für die Sozialdemokraten nicht bedeutet, den Sinn der Weltanschauung überhaupt zu leugnen, oder ihre Bedeutung für die Begründung des praktischen Handelns der Menschen zu übersehen. Doch bei der Vielfalt der Weltanschauungen auf die Auszeichnung einer einzigen zugunsten des Sozialismus zu verzichten, war umso leichter möglich, ja geradezu notwendig, als man damit nicht auf die sozialistischen Ideen verzichtete, deren grundlegende Bedeutung Karl Marx genauso anerkannte, als er 1845 in einer Arbeit über Hegel seinen "Kategorischen Imperativ" formulierte, wonach "alle Verhältnisse umzustürzen" seien, in denen "der Mensch ein erniedrigtes Wesen" ist.

Der Kampf um die Befreiung des Menschen, und zwar jedes einzelnen Menschen, ist der Sinn des Sozialismus; Gerechtigkeit und Freiheit der Menschen im jeweils aktuell möglichen Höchstmaß zu verwirklichen, zu sichern und solidarisch füreinander einzustehen, das ist die "dauernde Aufgabe" der Sozialdemokraten, von der das Godesberger Grundsatz-Programm spricht. Es hat also nicht die Ideen aufgegeben - sie bilden ja, im Gegenteil, gerade sein Herzstück, von dem aus die einzelnen politischen Maßnahmen, die es in seiner Gesellschaftsgestaltung durchführen will, ihren Inhalt, ihren gestaltenden Impuls erhalten.

Aber diese Ideen sind nicht mehr "ideologisch" verbrämt und überwuchert, wie es zum Schaden der sozialistischen Sache schon von Marx selber her eingeleitet und von seinen Epigonen nachgenacht und besonders gepflegt worden ist: Indem als "Logik" aus diesen Ideen angesehen wurde, was zwar mit ihnen im Zusammenhang stand, aber ungerechtfertigt und einseitig verallgemeinert wurde. Radio Moskau bringt in wünschenswerter Klarheit zwei Beispiele solcher Ideologisierung, wenn es sagt: "Wer, wie die Führer der westdeutschen Sozialdemokratie, den Leitsatz

von Marx-Engels-Lenin über Bord wirft, daß vor allem die Produktionsmittel sozialisiert werden müssen, der bewahrt und verteidigt das monopolistisch-kapitalistische Privateigentum an allen wichtigsten Produktionsmitteln. Wer die politische Herrschaft der Arbeiterklasse ablehnt und den Kampf gegen die Diktatur des Proletariats führt, wie es die Spitze der SPD tut, der billigt und unterstützt die Diktatur der Großbourgeoisie und verteidigt sie."

Das Privateigentum an Produktionsmitteln ermöglicht zwar die Ausbeutung, aber die Ideologisierung des ersten Beispiels besagt mehr: Die Sozialisierung aller Produktionsmittel beseitigt a priori jede Ausbeutung. Das tut sie eben nicht, wie die kommunistischen Staaten durchweg zeigen; außerdem verteidigen die Sozialdemokraten mit der Ablehnung der allgemeinen Sozialisierung nicht den monopolistischen Kapitalismus, sondern bekämpfen die Monopole, u.a. auch durch die Einrichtung des Gemeineigentums. Schon Palmiro Togliatti war das bei seinem Vergleich des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes mit dem demokratischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) aufgefallen.

Das zweite Beispiel ist geradezu eklatant: "Die Diktatur des Proletariats" ist eine Fiktion, die für den Kommunismus lebenswichtig ist. Das Proletariat ist keine agierungsfähige Gruppe. Was als solche auftritt in den kommunistischen Ländern, das ist die kommunistische Partei; genauer gesagt, und praktisch wirkend: die Exekutiv- und Zentralkomitees, und noch genauer die Polit-Büros, und sehr oft nur der Generalsekretär - am schlimmsten zu Stalins Zeiten. Die Tendenz geht immer auf diesen Zustand hin, wenn nicht alles täuscht, auch im jetzigen Kräfte-spiel der Führung in der Sowjetunion. "Das Proletariat" wird auch nicht ausgebeutet, weil es nach der "Lehre" in der "klassenlosen Gesellschaft" mit sozialisierten Produktionsmitteln lebt; der einzelne Proletarier leidet unter der Diktatur, aber er soll sich trösten damit, daß er ja auch zu den Diktatoren gehört, die der Notwendigkeit der "Geschichte" folgen, wenn sie damit auch noch weniger Freiheit erreicht haben als der Zeitgenosse im demokratischen Lager mit seinem Kampf um die Durchsetzung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Diese geschlossene "Lehre" mit ihren ideologischen Tricks verliert immer mehr an Überzeugungskraft - Radio Moskaus Sorgen sind berechtigt! Der demokratische Sozialismus hat rechtzeitig seine Ideen von dem Wust des Ideologischen befreit - intelligente Kommunisten haben das längst begriffen. Je mehr die Sozialdemokraten Freiheit und Gerechtigkeit durchsetzen werden, umso mehr wird auch die Kritik im kommunistischen Lager an dessen Illusionen zunehmen. (-/ex/2.4.1971/bgy)